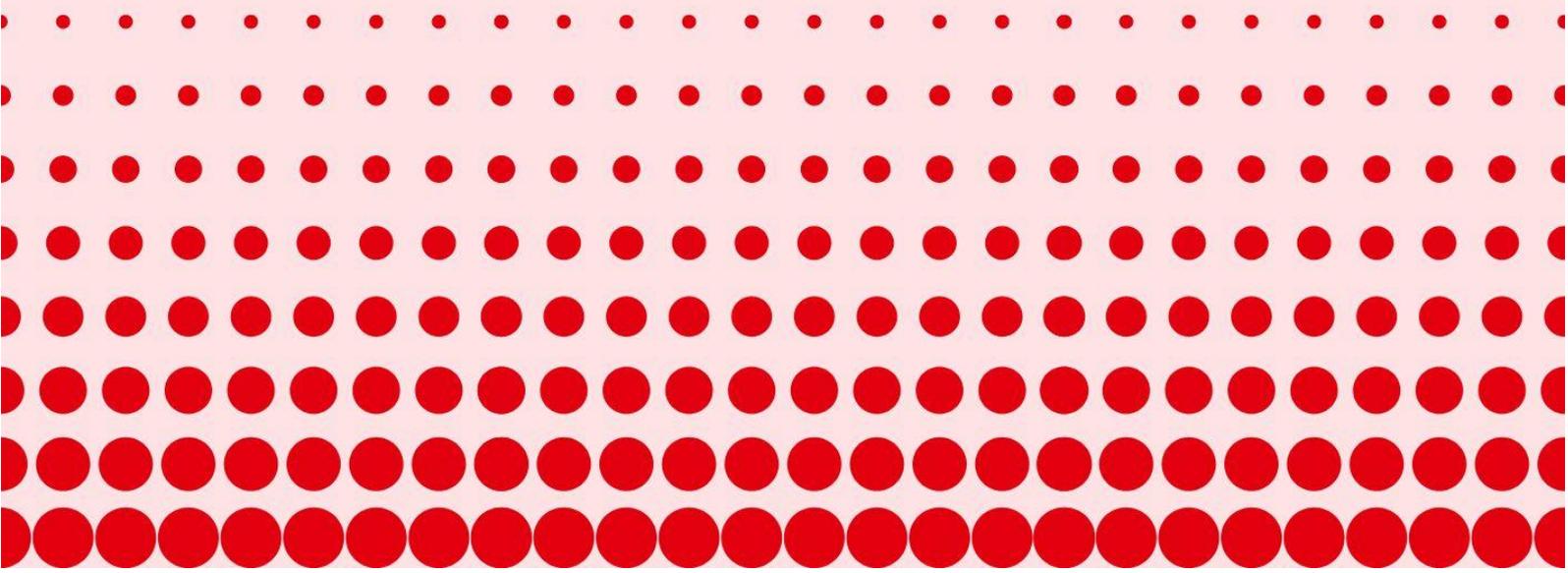


Sozialpolitik

Parteitag der SPD Düsseldorf
Parteitagsunterlagen I Anträge
29.10.2022
Comenius-Gymnasium





1 **Antrag 9**

2 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit der SPD Düsseldorf

3 Adressat: UB-Vorstand, SPD-Ratsfraktion, Landesvorstand NRWSPD, SPD Landtagsfraktion,
4 SPD Parteivorstand, SPD Bundestagsfraktion, AfA Bundesvorstand

5

6 **INDUSTRIE UND MITBESTIMMUNG STÄRKEN –** 7 **ZUKUNFT SICHERN**

8

9 Die Funktionsträger*innen der SPD auf allen Ebenen der Parteigliederungen und die SPD ge-
10 führte Bundesregierung werden aufgefordert, eine grundlegende Stärkung der Industrie am
11 Standort Düsseldorf und in Deutschland durch gesetzgebende Maßnahmen zu forcieren, damit
12 nicht:

13

14 • weiterhin der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Lei-
15 harbeit, befristete Arbeitsverträge und Werkverträge Oberhand gewinnen,

16

17 • Arbeitsverdichtung und die Entgrenzung von Arbeitszeiten zunehmen,

18

19 • das Modell des Normalarbeitsverhältnisses, gekennzeichnet durch Tarifvertrag,
20 betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und funktionierende gew-
21 erkschaftliche Strukturen im Betrieb, zur Ausnahme wird.

22 Die SPD hat die Pflicht dafür zu sorgen, dass Arbeit Zukunft sichert. In den letzten Jahren ist
23 aber durch den Verlust von industrieller Arbeit, mit gut tarifierten Entgelten für die Beschäftig-
24 ten, und durch eine ganze Reihe von flexibilisierten, unsicheren und schlecht bezahlten Arbeits-
25 formen die Zukunft vieler Menschen ins Wanken geraten, damit einhergehend sind ihre Lebens-
26 situationen enorm destabilisiert worden.

27

28 Folgende Schritte sind aus Sicht der AfA notwendig:

29

30 **I. Die Industrie stärken**

31 In Deutschland wird etwa ein Viertel unserer Wertschöpfung in der Industrie erwirtschaftet. Je-
32 der dritte Arbeitsplatz befindet sich im industriellen Sektor. Zusammen mit den sogenannten
33 produktionsnahen Dienstleistungen hängen sogar knapp 60% direkt oder indirekt von der in-
34 dustriellen Produktion ab. Die industrielle Wertschöpfung ist damit für den sozialen Wohlstand
35 und die politische Stabilität in Deutschland von größter Bedeutung. Das Fundament unseres
36 Wohlstandes ist nach wie vor die Industrie und deren Arbeitsplätze. Zudem ist unsere Industrie
37 ein bedeutender systemrelevanter Faktor in unserer Republik!

38

39 Deutschland verfügt noch als einzige Nation über eine komplette industrielle Wertschöpfungs-
40 kette. Damit der industrielle Sektor auch in Zukunft der Kern der deutschen Wirtschaft bleibt,
41 muss die Industrie erhalten bleiben, aber angesichts der strukturellen Transformationsprozesse
42 neugestaltet und gestärkt werden.

43

44 Beschäftigung und existenzsichernde Gute Arbeit sollen nicht nur erhalten bleiben, sondern
45 über alle Wertschöpfungsstufen hinweg ausgebaut werden.



46 Erfolgreiche Industriepolitik sollte sich nicht auf einzelne Teilbranchen und Sektoren beschrän-
47 ken, sondern die Wertschöpfungsketten umfassend gestalten und gleichberechtigt fördern.
48 Deshalb ist eine umfassende Perspektive auf die gesamte Breite und Vielfalt der deutschen In-
49 dustrie – und damit auf multiple Technologien und Innovationen, auf Investitionen und Moderni-
50 sierung der Infrastruktur, auf eine bezahlbare und nachhaltige Versorgung durch erneuerbare
51 Energien, auf Bildung und Qualifizierung zur Fachkräftesicherung – dringend notwendig.

52
53 Das Potential der Arbeitnehmer: innen des Werkes Vallourec zum Beispiel darf nicht verloren
54 gehen. Die Beschäftigten, deren Familien und der Stadtteil dürfen nicht im Stich gelassen wer-
55 den. Eine staatliche Beteiligung an Vallourec würde die Sicherung von Arbeitsplätzen bedeuten
56 und durch die zukunftsweisenden Produkte des Betriebes den ökologischen Umbau in Deutsch-
57 land unterstützen. (siehe auch Konzept des Betriebsrates von Vallourec/IGM). Klare Signale
58 und Unterstützung aus der Parteispitze sind hier nötig. Es ist sicherzustellen, dass das Grund-
59 stück ausschließlich für die Ansiedlung von Industrie verwendet wird. Darüber hinaus soll die
60 Düsseldorfer Kommunalpolitik verpflichtet werden aktiv an der Industrieansiedlung zu arbeiten,
61 unter Umständen mit Unternehmensbeteiligungen. Die dafür aufzunehmenden Mittel können
62 am Kapitalmarkt mit der positiven Bonität zu günstigen Konditionen aufgenommen werden.
63
64

65 Banken und große Konzerne mit Milliarden zu retten, Unternehmen und Belegschaften des Mit-
66 telstandes, die zukunftsfähige Konzepte erarbeitet haben, nicht einmal den kleinen Finger zu
67 reichen, ist falsch und sorgt für enormen Glaubwürdigkeitsverlust in der Bevölkerung und damit
68 zu Politikverdrossenheit.

69
70

Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt I. Die Industrie stärken:

- 71 - Vielfalt der deutschen Industrie ausbauen durch staatliche Förderung von Investi-
72 tionen in Innovation, Modernisierung der Infrastruktur, und erneuerbare Energien.
73
74 - Gezielte, staatlich geförderte Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Fach-
75 kräftesicherung.
76
77 - Industriestandorte und Handwerksbetriebe benötigen Platz – auch in unserer ur-
78 banen, digitalen Gesellschaft – die Kommunen und der Staat in seiner Funktion
79 als gesetzgebendes Element, haben den Auftrag zum Wohle der Bevölkerung
80 dafür zu sorgen, dass Grundstücke an zukunftssträchtige, hochwertige und tariflich
81 gebundene Unternehmen zu vergeben.
82
83 - Die Schließung von Werken, die nach Einschätzung von Experten noch Gewinne
84 erzielen können, oder mit denen gesellschaftlich wichtige Ziele verfolgt werden,
85 dürfen nicht ohne weiteres geschlossen werden. Es ist eine gesetzliche
86 Grundlage zu schaffen, die es dem
87
88 - Staat ermöglicht einzugreifen und eine Expertenkommission (auch besetzt mit
89 Gewerkschaftsvertretern) einzusetzen, um die Weiterführung des Unternehmens
90 zu prüfen. Auch ein Einstieg des Staates (analog z. B. zu Uniper und Salzgitter
91 Stahl ...) muss ermöglicht werden.
92
93 - Genossenschaften und konzernunabhängige, Mitarbeitergeführte Unternehmen
94 sollen staatlich gefördert werden (Beispiel Flachglas Wernberg).

95



96 II. Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken

97 Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft muss demokratisch gestaltet, sozial gerecht und ökologisch
98 nachhaltig sein. Die Arbeit muss so gestaltet sein, dass sie dem Leitbild der Guten Arbeit folgt.
99 Dazu gehören u.a. menschenwürdige Arbeits- und Leistungsbedingungen, Entgelte, von denen
100 man auch in Düsseldorf gut leben kann, Selbstbestimmung und Entscheidungsspielräume im
101 Arbeitsalltag, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie umfassende Beteiligungs- und
102 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter:innen. Mitbestimmung
103 fällt nicht vom Himmel, sie wird in der betrieblichen Realität hart erkämpft. Wirtschaftliche Macht
104 muss im Interesse des sozialen Friedens demokratisch legitimiert sein. Was dem Aktionär oder
105 Unternehmen der Besitztitel ist, das ist den Beschäftigten das Mitbestimmungsrecht.
106

107 Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt II Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken:
108

- 109 - Schaffung der gesetzlichen Grundlage zu paritätischer Besetzung der
110 Aufsichtsräte – analog dem Montanmitbestimmungsgesetz – nur so kann Au-
111 genhöhe hergestellt werden.
112
- 113 - Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und zukunftsorientiert
114 modernisiert werden.
115
- 116 - Wir fordern Reformen im BetrVG, damit betriebliche Mitbestimmung in zuneh-
117 mend international und hochkomplex organisierten Unternehmen nicht faktisch
118 ausgehebelt werden kann.
119
- 120 - Ergänzend auch eine Reform des „Tendenzschutzes“, der bislang betriebliche
121 Mitbestimmung u.a. in kirchlichen Einrichtungen und kirchennahen Unternehmen
122 sehr weitgehend ausschließt.
123
- 124 - Wir fordern erweiterte Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angel-
125 egenheiten, damit einhergehend soll die Rolle der Gewerkschaften als zentrale
126 Akteure und Organisatoren der kollektiven Selbsthilfe gestärkt werden, denn
127 durch gute Tarifverhandlungen tragen die Gewerkschaften dazu bei, dass es der
128 Gesellschaft allgemein besser geht, diese Leistung sollte von den Beschäftigten
129 mit einer Mitgliedschaft belohnt werden. Allerdings haben Gewerkschaften mit
130 Mitgliederschwund zu kämpfen. Als politische Reaktion muss hier als Anreiz zum
131 Gewerkschaftsbeitritt mit Steuervergünstigungen für Mitglieder reagiert werden.
132
- 133 - Im Tarifeinheitsgesetz muss der Begriff „Betrieb“ neu definiert werden, um
134 auszuschließen, dass durch strukturelle Veränderung Mitbestimmung ohne
135 rechtliche Grundlage konstruiert wird.
136
- 137 - Wir fordern ein Gesetz, das den Whistleblower und nicht den Arbeitgeber
138 schützt, aktuelle Beteiligungsrechte des Betriebsrates sind zu gering. Der Geset-
139 zentwurf aus Juli 2022 ist deutlich unzureichend.



140 **Begründung:**

141

142 Hier ist nun unsere SPD auf allen Ebenen gefordert, im Schulterschluss mit Gewerkschaften
143 und Betriebsräten eine pro-aktive Industriepolitik, mit dem primären Ziel, die vorhandenen Stär-
144 ken der deutschen Industrie weiterzuentwickeln und zuverlässige Rahmenbedingungen auf eu-
145 ropäischer, nationaler und regionaler Ebene zu schaffen.

146

147 Mitbestimmung und Tarifautonomie sind zentral, damit Arbeitnehmer: innen ihre Arbeitsbedin-
148 gungen aktiv gestalten können. Es liegt auf der Hand, dass ein erhöhter Anteil an Gewerk-
149 schaftsmitgliedern zu einer verbesserten Kampfkraft der Gewerkschaften beiträgt, sodass auch
150 die Tarifabdeckung erhöht werden könnte.

151 Nicht umsonst ist das Modell der Deutschen Mitbestimmung über unsere Landesgrenzen hin-
152 aus bekannt als Grundlage des jahrzehntelang erfolgreichen deutschen Wirtschafts-
153 modells. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und zukunftsorientiert moderni-
154 siert werden.

155 Die Globalisierung hat die Machtbalance zugunsten von Unternehmen und zulasten der Arbeit-
156 nehmerinnen und Arbeitnehmer verändert. In diesem Zusammenhang muss endlich die Frage
157 geklärt werden, was nach dem Tarifeinheitsgesetz unter einem Betrieb verstanden wird. In die-
158 sem Gesetz wurde jede Kleinigkeit geregelt, um festzulegen, wann in einem Betrieb welche Ge-
159 werkschaft zuständig ist. Nur der Begriff des Betriebes blieb aus, um hier der Arbeitgeberseite
160 keinen festen Rahmen vorzugeben! Sie ist dadurch weiter in der Lage, durch strukturelle Verän-
161 derung eine ihr genehme Mitbestimmung zu "konstruieren".

162

163 Ferner muss es endlich ein Gesetz zum Schutz des Whistleblowings geben, der den Whist-
164 leblower und nicht den Arbeitgeber schützt. Eine Regelung, die nur eine Möglichkeit der firmen-
165 internen Anzeige eines möglichen Missstandes einräumt, führt nicht zum Ziel. Der Anzeigende
166 muss vielmehr im besagten Fall mit Repressalien rechnen. Deshalb ist es dringend notwendig,
167 einen möglichen Whistleblower zukünftig vor arbeitsrechtlichen Folgen zu schützen, sollte er
168 sich zu diesem Schritt genötigt sehen!

169

170 Grundsätzliche Unternehmensentscheidungen finden auf zentraler und zunehmend auf interna-
171 tionaler Unternehmensebene statt. Reines Kostendenken, Wettbewerbsdruck, Konzernumstruk-
172 turierungen und Strukturwandel führen zu Standort- und Arbeitsplatzverlagerungen. Ziele sind
173 oft Billiglohnländer, Steueroasen oder gewerkschaftsfreie Zonen. Das hat beträchtliche Auswir-
174 kungen auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen an deutschen Standorten.

175

176 Die Bedeutung des produzierenden Sektors für die Gesamtwirtschaft wurde in den letzten 20
177 Jahren systematisch unterschätzt. Die exportorientierte Industrie bildet nach wie vor das Rück-
178 grat der deutschen Wirtschaft. Eine erfolgreiche Industriepolitik muss die Kräfte aus Politik, Wis-
179 senschaft, Gewerkschaften, Betriebsräten und Verbänden bündeln und intensive Dialoge auf
180 regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie in den Branchen ermöglichen.

181 Es genügt nicht Gesetze wie zum Beispiel das Betriebsrätestärkungsgesetz, das Tariftreue-
182 und Vergabegesetz oder das Mindestlohngesetz zu verabschieden, wenn gleichzeitig weder die
183 Kontrolle noch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift gewährleistet ist. Zudem gibt es mo-
184 mentan auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung kaum Möglichkeiten, Standortschlie-
185 ßungen und Arbeitsplatzverlagerungen zu verhindern.

186

187 Deshalb muss sich die SPD mit aller Kraft für existenzsichernde Arbeit in Deutschland und Düs-
188 seldorf einsetzen und in einem Bündnis „Gute Arbeit“ die Position der DGB Gewerkschaften un-
189 terstützen und so auch die Interessen der eigenen, ursprünglichen Identität stärken.



1 **Antrag 13**

2 Antragsteller: AfA
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
4

5 **TARIFFLUCHT STOPPEN!**

6 Die AfA Düsseldorf stellt den folgenden Antrag:

7
8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert einen Antrag mit dem folgenden Inhalt einzu-
9 bringen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung soll in Zukunft die Möglichkeiten erhalten:

- 10
- 11 - Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit durch eine der Tarifparteien
- 12 - Die Erweiterung des Tarifausschusses auf drei Vertreter*innen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften plus ein/e neutrale Vorsitzende/r
- 13
- 14 - Die Entscheidung im Tarifausschuss wird mit Mehrheit entschieden. Bei einer Patt-Situation entscheidet der/die Vorsitzende
- 15
- 16

17 Die NRWSPD wird aufgefordert das Thema „Tarifflucht“ zu einem zentralen Bestandteil ihres
18 Wahlkampfes zu machen.

19 **Begründung:**

20 Seit den 1990er Jahren ist die Tarifbindung dramatisch zurück gegangen. 2019 waren nur
21 noch 44% der Beschäftigten in einem Beschäftigungsverhältnis, das nach einem Branchentarifvertrag geregelt war. Hinzu kamen noch einige Firmentarifverträge. Zurzeit sind so nur noch
22 51% der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt. In den Branchen ist die Tarifflucht
23 unterschiedlich stark vertreten. So sind im Einzelhandel nur noch 28% der Beschäftigten unter
24 dem Schutz des Tarifvertrages. Im Jahre 2010 waren es noch 50%.

25
26
27 Das bedeutet für die Betroffenen: weniger Kaufkraft, oft die Notwendigkeit Aufstockerleistungen
28 zu beantragen und im Alter eine geringere Rente. Hinzu kommt, dass der den Sozialversicherungen
29 und den öffentlichen Haushalten Summen in Milliardenhöhe entgehen.
30

Kosten der Tarifflucht

Gesamtdeutschland

	Auswertung 2019	Auswertung 2021	Differenz
Mindereinnahmen der Sozialversicherungen	24,8 Milliarden Euro	29,8 Milliarden Euro	+5 Milliarden Euro
Mindereinnahmen Verlust bei der Einkommensteuer für Bund, Land und Kommunen insgesamt	14,9 Milliarden Euro	18,1 Milliarden Euro	+3,2 Milliarden Euro
Kaufkraftgewinn, wenn Beschäftigte tarifgebunden wären	35,1 Milliarden Euro	41,6 Milliarden Euro	+6,5 Milliarden Euro

31
32 Auf Grund dieser Situation brachten das Bundesland Bremen mit Unterstützung der Länder
33 Berlin, Thüringen und Hamburg im Mai 2021 einen Antrag mit den o. g. Forderungen in den
34 Bundesrat ein, der dort mit abgelehnt wurde. Einige Bundesländer haben sich enthalten.
35

36 Die SPD und natürlich auch die AfA hat immer wieder betont, wie wichtig die Tarifbindung für
37 die Beschäftigten und ihre Familien sind. Im letzten Koalitionsvertrag wurde die Stärkung der



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

38 Tarifbindung beschlossen, ohne dass dies umgesetzt wurde. Im jetzigen Koalitionsvertrag ist
39 dies wieder der Fall.

40
41 Das Tarifflicht zudem ein Raub an den Sozialversicherungen und den Steuereinnahmen ist,
42 macht das ganze zusätzlich zum Verbrechen. Wenn wir über vielfach zerstörte Infrastruktur
43 sprechen, müssen wir immer auch über die Verursacher reden. Eine Initiative ist der Bundes-
44 tagsfraktion, gestützt auf den DGB und den dazu gehörigen Gewerkschaften, ist daher drin-
45 gend nötig.

46
47 [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-
48 21.pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

49
50 [https://www.wsi.de/de/blog-17857-reform-der-ave-schluessel-zur-staerkung-der-tarifbindung-
51 33324.htm](https://www.wsi.de/de/blog-17857-reform-der-ave-schluessel-zur-staerkung-der-tarifbindung-33324.htm)

52
53 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>

54
55 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbin-
56 dung-arbeitnehmer.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbindung-arbeitnehmer.html)

57
58 <https://www.wsi.de/de/tarifbindung-15329.htm>

59
60 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>